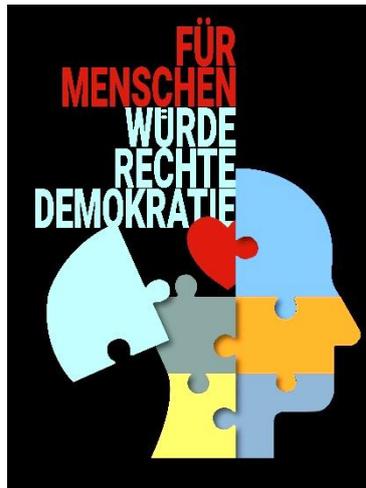


Für Menschenwürde, Menschenrechte und Demokratie

Eine Argumentationshilfe gegen Rechtsextremismus – aus christlicher Sicht



Beieinanderbleiben und eine Spaltung in ihrem Umfeld vermeiden, sind die Anliegen vieler Christinnen und Christen in dieser politisch hoch aufgeladenen Zeit. In der Familie, am Arbeitsplatz, im Verein aber auch in der Kirchgemeinde. Im Gespräch bleiben ist uns wichtig, aber nicht immer einfach.

"Suchen wir solche Orte,
wo wir auf Verbindendes schauen,
wo wir in ein Beieinanderbleiben investieren,
wo wir gemeinsam die Einheit von Gott erbitten."

Bischof Heinrich Timmerevers, Dresden-Meißen, Fastenhirtenwort 2024

Einige Christinnen und Christen sind verunsichert, wie sie manche politische Aussage bewerten sollen, die eine scheinbare Nähe zu kirchlichen Ansichten herstellt, und wo sie christliche Werte in Parteiprogrammen wiederfinden können. Gleichzeitig möchten manche Haltung zeigen und suchen nach faktenbasierten Argumenten, um in Diskussionen christliche Aspekte besser vertreten zu können.

Andere fordern, dass „die Kirche“ sich aus politischen Debatten heraushalten solle. Aber eine „Neutralitätspflicht“ der Kirche gibt es nicht. Es ist Jesu Auftrag an die, die ihm nachfolgen wollen, nach dem Gebot der Nächstenliebe zu leben, die Welt zu einem möglichst guten Ort für jeden Menschen zu machen und das Reich Gottes bereits in dieser Welt durchscheinen zu lassen. Wir stehen als Kirche mitten in der Gesellschaft. Die christliche Botschaft fordert uns auf, uns der „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst“ der Menschen anzunehmen (II. Vatikanum). So haben Christinnen und Christen sich schon immer für das Gemeinwohl eingesetzt, sind in die Politik gegangen, um aus christlicher Überzeugung heraus ihr Umfeld zu gestalten. Ihr Kompass dabei: die Katholische Soziallehre. Die Menschenrechte, unser

Grundgesetz und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wären ohne dieses Engagement nicht denkbar.

„Wir Christen wissen es im demokratischen Prozess dabei nicht deshalb besser, weil wir Christen sind, aber weil wir Christen sind, sind wir herausgefordert, mitzudenken und mitzutun.“

(Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D.)

Wenn christliche Werte verletzt oder gar bedroht sind, ist es Auftrag aller Christinnen und Christen die Stimme zu erheben und deutlich auf diese Bedrohungen hinzuweisen. So wie es die deutschen Bischöfe mit ihrer Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ (DBK, Feb. 2024) getan haben.

"Fürchte Dich nicht"

Wort Gottes

Heute gewinnen rechtsextremistische Parteien an Boden und kommen bereits in Regierungsverantwortung – Parteien, die nicht nur die Demokratie und die Grundwerte unserer Gesellschaft in Frage stellen, sondern deren Positionen auch im Widerspruch zu den christlichen Grundpositionen stehen. Daher braucht es die Stimme der Kirche und der Christen.

"Wenn es grundsätzlich und konkret um die Würde und Freiheit eines jeden Menschen geht, die Achtung der Menschenrechte und das Gemeinwohl, den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, können und dürfen wir als Kirchen nicht schweigen."

(Bischof Gerhard Feige, Magdeburg)

Aus dieser Überzeugung heraus ist diese Argumentationshilfe entstanden. Wir stellen darin sechs Schwerpunkte heraus, die aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung haben:

Menschenwürde

„Für die Kirche ist aber klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte. So ist die Menschenwürde der Ausgangs- und Zielpunkt des christlichen Menschenbildes“, so formuliert die Deutsche Bischofskonferenz. Dem stehen Gesinnungen und Konzepte fundamental entgegen, die auf Ab- und Ausgrenzung von Menschen zielen. Die Menschenwürde hingegen ist universal und unantastbar. Hinter diese Grundüberzeugung - ausgedrückt in Artikel 1 des Grundgesetzes - dürfen wir nicht zurückfallen.

Menschenrechte

Im Grundgesetz sind die Menschenrechte verfasst und werden vor dem Zugriff des Staates geschützt.

So ist auch die Religionsfreiheit gesichert, die jedem Menschen die freie Wahl seiner Weltanschauung, aber auch die ungehinderte Ausübung seiner Religion garantiert. Als Christgläubige stehen wir selbst unter dem Schutz des Grundgesetzes und wissen um seine Bedeutung. Zu den rechtsextremen Gesinnungen gehört eine

allgemeine Islamfeindlichkeit, die nicht zwischen den Gläubigen, die friedlich in Deutschland leben und den Islamisten, die unsere offene Gesellschaft ablehnen, unterscheidet. Wir stellen uns gegen jede extremistische und fundamentalistische Strömung, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet, wollen aber den Schutz derer, die friedlich ihre Religion ausüben.

Vielfach ist auch deutlicher Antisemitismus begründet durch völkisches Denken im rechtsextremen Gedankengut zu finden, bis hin zur Relativierung von Schoa und Nazizeit. Hier widersprechen gerade auch wir in christlicher Verantwortung: Jüdinnen und Juden sind unsere „älteren“ Geschwister im Glauben. Der jüdische Glaube und das Judentum sind Teil unserer Kultur und Geistesgeschichte.

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und auf die Förderung seiner Möglichkeiten. Rechtsextreme Ideologien lehnen das Konzept der Inklusion von Menschen mit Behinderungen ab. Ein inklusives Leben und Lernen eröffnet den Menschen Chancen der Teilhabe, Inklusion bereichert unser Zusammenleben. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände, wie z.B. Caritas und Diakonie, leisten auf diesem Gebiet wertvolle Arbeit.

Menschen leben heute in verschiedensten Familienformen zusammen. In Familien übernehmen Menschen Verantwortung füreinander, beständig und zuverlässig. Aus christlicher Sicht ist Familie ein Schutzraum, Kinder können dort aufwachsen und sich als Mensch mit allen ihren Facetten entfalten. Menschen wachsen aus der Beziehung zueinander. Im extremistischen Gedankengut ist die Familie verzweckt als der Ort bzw. Garant für die Zeugung von Nachwuchs. Ab einem gewissen Alter der Kinder nimmt dann der Wert der Familie rapide ab, der Staat soll formend eingreifen. Dazu gehört auch ein rückwärtsgewandtes Rollenverständnis von Mann und Frau, in dem die Frau in ihren Freiheitsrechten eine deutliche Einschränkung und Abwertung erfährt. Eine Schlechterstellung von Familien, die nicht dem traditionellen Familienbild entsprechen, ist nicht mit christlichen Werten vereinbar.

Demokratie

Demokratien zeichnen sich u.a. durch folgende Merkmale aus:

Freie Wahlen

Rechtsstaatlichkeit

Gleichheit

Gewaltenteilung

Menschen- und Minderheitenrechte

Meinungs- und Versammlungsfreiheit

„Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie, denn sie ermöglicht uns, in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu leben. Lassen Sie uns entschlossen und tatkräftig dafür eintreten und gemeinsam eine gute Zukunft gestalten.“
(Gemeinsames Schreiben der katholischen Ost-Bischöfe, Januar 2024)

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir erleben zunehmend, dass das Vertrauen in die Demokratie in unserem Land immer häufiger in Frage gestellt und politisches Engagement weniger wird.

Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Jeder und jede von uns ist dabei angesprochen. Demokratie heißt konstruktive Beteiligung, heißt faktenbasierte und kritische Diskussionen auf der Suche nach den besten Lösungen,

heißt die Bereitschaft zur Kompromissfindung, heißt transparente und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse.

„Demokratie bedeutet Macht des Volkes. Jeder von uns ist ein Teil des Volkes. Macht bedeutet Verantwortung. Jeder von uns muss sich bewusst sein, dass er mitverantwortlich ist auch für das gesamte politische und wirtschaftliche Geschehen.“
(Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler 1949-1963)

Je besser die Grundrechte verwirklicht sind, desto besser kann sich am demokratischen Prozess beteiligt werden. Wer Angst hat seine Meinung frei zu äußern, seine Religion auszuüben oder überhaupt sein Haus zu verlassen, weil er in irgendeiner Form anders als die Mehrheit ist, wird sich kaum politisch engagieren. Demokratie, die Minderheiten weniger Rechte als der Mehrheitsgesellschaft zugesteht, wird so zu einer Mehrheitsdiktatur. Jede und jeder gehört in Bezug auf irgendetwas zu einer Minderheit, selbst wir als Katholikinnen und Katholiken.

Parteien haben durch das demokratische Wahlverfahren parlamentarische Ämter inne und treten so in das demokratische System ein. Ausschlaggebend ist jedoch nicht, ob eine Partei demokratisch gewählt ist, sondern ob sie demokratische Inhalte vertritt.

So respektieren rechtsextreme Konzepte beispielsweise weder die Presse- und Meinungsfreiheit („Lügenpresse“) noch die Kulturfreiheit. Die Pressefreiheit ist ein bedeutender Baustein der Demokratie. Von den Seiten der rechtsextremen Parteien werden immer wieder - ohne Anhaltspunkte aufzeigen zu können - Vorwürfe einer angeblich staatlich gesteuerten Berichterstattung erhoben. Ebenso werden Journalistinnen und Journalisten diffamiert und angefeindet. Das Ziel ist eine Diskreditierung kritischer Berichterstattung, die man beispielsweise mit einer Debatte um die Höhe der Rundfunkgebühren ummantelt.

Aus zahlreichen Äußerungen wird deutlich, dass diese rechteextremen Programme auch beabsichtigen, die Kulturfreiheit einzuschränken. So sollen gezielt Fördergelder für unliebsame Aufführungen, Gedenkstätten und Kultureinrichtungen u.a. gestrichen werden. Die Freiheit der Kultur ist dann nicht mehr gewährleistet.

Bei vielen politischen Themen können auch wir Christinnen und Christen verschiedener Meinungen sein. Trauen wir uns, kritische und faire Debatten zu führen, in denen Meinungsvielfalt und respektvoller Umgang Platz haben! Kirchen-Räume zu lebendigen Orten des Austausches und des demokratischen Miteinanders (wieder) werden zu lassen, so wie es `89 erlebbar war, scheint Gebot der Stunde zu sein.

„Es sind Orte, wo man sehr unterschiedliche politische, religiöse, ethische Auffassungen findet, die sich nicht durchsetzen wollen, sondern die miteinander in einen Austausch treten wollen. Wenn wir solche Orte verlieren, sind wir auch als Demokratie und als Gesellschaft verloren.“

(Prof. Hartmut Rosa, Soziologe, Jena, Katholikentag 2024)

Solidarität

Im neuen Testament wird das Gebot der Nächstenliebe und somit das solidarische Einstehen für Menschen in Notsituationen im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37) konkret. Solidarität ermöglicht menschliches Leben, getragen von der Verantwortung aller.

Solidarität" kommt aus dem Lateinisch-Französischen und heißt
Zusammengehörigkeit.

Solidarität, prominent als Grundprinzip in der katholischen Soziallehre definiert, bestimmt das wechselseitige Verhältnis der einzelnen Person und der Gesellschaft. So wie die einzelne Person nicht nur für ihr eigenes Wohlbefinden, sondern auch für das Wohl darüber hinaus, also für das menschliche Zusammenleben an sich verantwortlich ist, so trägt umgekehrt auch die Gesellschaft Verantwortung gegenüber ihren einzelnen Mitgliedern.

(Ausführliche Darlegung unter www.philso.uni-augsburg.de/institute/philosophie/Personen/Lehrbeauftragte/neidhart/Downloads/Sozialethik.pdf)

Solidarität gelingt, wenn wir uns als eine weltumspannende Menschenfamilie verstehen. Daran erinnert uns das Wort „katholisch“ (griechisch: allumfassend). Für das Zweite Vatikanische Konzil ist die Kirche darum „Sauerteig und Seele der menschlichen Gesellschaft“.

Solidarität ist die „Zärtlichkeit der Völker und der Menschen untereinander“
(Gioconda Belli, nicaraguanische Schriftstellerin)

Im Widerspruch zum christlich solidarischen Verständnis weisen rechtsextreme Konzepte ausgrenzende und unsolidarische Tendenzen auf. Zudem leben rechtsextreme Ideologien von der Angst der Menschen. Es wird die Angst vor der Spaltung oder gar dem Zerfall unserer Gesellschaft geschürt, vor Überfremdung, drohender Armut, vor dem Verlust der eigenen Identität. Die rechtsextremistische Gedankenwelt ist darauf angewiesen, dass Menschen in Angst und Unsicherheit leben. Deshalb reproduzieren sie ohne Unterlass beängstigende Narrative.

Um den Ängsten der Menschen verantwortlich zu begegnen, braucht es eine solidarische Haltung. Dafür haben wir mit dem Leben Jesu einen guten Kompass. Die Bibel berichtet von unterschiedlichen Szenen: Jesus zeigt sich solidarisch, als er bei der Ehebrecherin bleibt und mit einer klugen Frage ihre Verurteiler zum Nachdenken bringt. Oder wenn er den blinden Bartimäus fragt „Was soll ich dir tun?“, während alle anderen ihn unwürdig links liegen lassen.

Auf dem Boot auf dem See Genezareth (Mk 4, 35-41) steht Jesus auf, als er die Ängste der anderen im Sturm spürt; und sagt „zu dem See: Schweig, sei still!“

Schweigt, seid still – die ihr Menschen ausgrenzen wollt
Schweigt, seid still - die ihr menschenfeindliche Meinung als Volkswille darstellt
Schweigt, seid still – die ihr Hass und Hetze verbreitet
Schweigt, seid still – die ihr Globalisierung und Klimawandel bestreitet
Schweigt, seid still - die ihr die Vielfalt unserer Familien leugnet
Schweigt, seid still - die ihr euch über Menschen anderer Kultur und Religion erhebt
(Anleihe bei Vera Jansen, BDKJ)

Gerade in Zeiten der Unsicherheiten ist das Vertrauen in andere Menschen sowie in zentrale gesellschaftliche Institutionen eine notwendige Ressource, die es gilt, wieder zu beleben. Gesellschaftlich stehen wir vor einer Zerreißprobe: Wie kann menschenwürdige Migration gelingen, was dient sozialer Gerechtigkeit, wie gewinnt man Frieden und welche Maßnahmen zur Bewahrung der Schöpfung müssen wir

ergreifen? Kritische Debatten müssen geführt werden, diese Themen dürfen nicht den Extremen überlassen werden.

Wir haben in unseren christlichen Gemeinden die Chance, einen positiven Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten zu können und uns gegenseitig zu Vertrauen, Solidarität und Engagement zu motivieren.

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.

(Ernst-Wolfgang Böckenförde, Rechtsphilosoph, Richter am Bundesverfassungsgericht 1983-1996)

Die Schöpfung bewahren

Als Christen verstehen wir diese Welt als Gabe Gottes an uns Menschen, in der wir alles finden, was wir zum Leben brauchen. Wir dürfen sie nutzen, haben aber die Aufgabe, sie als Gottes Schöpfung zu erhalten, auch damit sie das Leben nachfolgenden Generationen in gleicher Weise ermöglicht. Die Wissenschaft hat den hoch dominanten Einfluss des Menschen auf den Klimawandel nachgewiesen, wir alle spüren seine Auswirkungen.

Jedoch negieren manche politischen Kräfte den menschengemachten Klimawandel und sehen keinerlei Handlungsbedarf. Hier wird die Existenzgrundlage der nächsten Generationen verspielt, schon heute nimmt die Zahl der Klimaflüchtlinge zu, die ihr Land verlassen müssen, da keine Landwirtschaft mehr möglich ist oder gehäufte Überschwemmungen, Dürren sowie Waldbrände ein Leben in der Region nicht mehr möglich machen.

Gleichzeitig erkennen wir in dem erschreckenden Rückgang der Artenvielfalt eine weitere Bedrohung der Schöpfung. Auch dieses große Problemfeld findet keinerlei Berücksichtigung.

Dabei ist die Bewahrung der Schöpfung in einem weiten Kontext zu denken:

„Die Sorge um die Natur, die Gerechtigkeit gegenüber den Armen, das Engagement für die Gesellschaft und der innere Friede sind untrennbar miteinander verbunden.“
(Papst Franziskus, Laudato Si – die Sorge um das gemeinsame Haus, 2015)

Im Kontakt bleiben

In einer pluralen Gesellschaft begegnen wir immer wieder Meinungen, die wir inhaltlich ablehnen. Wenn das Gegenüber extremistische, menschen- oder demokratieverachtende Meinungen ernsthaft vertritt, kann es schwer sein, mit dieser Person weiterhin eine intakte soziale Beziehung zu haben. Eine Abwendung von Extremisten führt aber zwangsläufig dazu, dass diese Menschen bald gar keinen Widerspruch mehr für ihre Positionen erfahren. In der Folge bekommen sie das Gefühl, dass „alle so denken“. Ohne die Beziehung zu Menschen, die anders denken, ist die Gefahr groß, dass das Meinungsbild immer weiter abdriftet und sich verfestigt. Wenn im Gespräch beispielsweise mit Feindbildern gearbeitet wird oder verbale Entgleisungen zu hören sind, können soziale Beziehungen helfen, damit ein Widerspruch nicht zur Eskalation führt und das Thema vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt erneut besprochen werden kann (Vgl. Werkstätten der Demokratie, S. 37).

Und nun, was tun?

Viele Menschen sind verunsichert und wütend, haben Verlustängste und Sorge um den sozialen Abstieg. Sie setzen darauf, dass die rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Bewegungen ihre Sorgen mit „einfachen“ Antworten auflösen können. Sie vertreten oft mit Vehemenz diese Haltung durch rechtsextremistische Äußerungen und ein Gespräch mit Andersdenkenden gestaltet sich sehr schwer.

Was kann ich konkret tun, um mit einer solchen Situation umgehen zu können und die oft angespannte Situation zu beruhigen?

Sieben Anregungen, die unterstützen können:

1. Die meisten Reaktionen sind besser als gar keine

Rechtsextreme und rassistische Äußerungen sollten nicht unwidersprochen bleiben, doch nicht immer muss ich mich auf eine Diskussion einlassen. Als erstes hilft es, sich selbst eine Strategie zu überlegen: Möchte ich diskutieren – und habe ich die Zeit und das Wissen dazu? Möchte ich nicht diskutieren, mich aber mit einem kurzen Statement positionieren? Oder möchte ich etwas Anderes tun, beispielsweise andere dazu auffordern, etwas zu diesem Thema zu sagen, oder Betroffene von rechten und rassistischen Positionen unterstützen?

2. Solidarisch mit Betroffenen sein

„Das sehe ich anders!“ Pauschalisierungen von Gruppen oder auch „Altherrenwitze“ können Menschen verletzen. Eine klare Positionierung auf der Seite der Betroffenen zeigt diesen, dass sie nicht alleine sind. Eine Positionierung kann z. B. durch einen Satz erfolgen, der keine Diskussion eröffnet, sondern der Person, die eine rassistische Aussage gemacht hat, eine klare Grenze aufzeigt. Oder ein Satz, mit dem ich mich mit dem/der Betroffenen solidarisiere. Und Achtung: Nicht immer sehen wir, ob von Diskriminierung Betroffene im Raum sind

3. Nachfragen und Hinterfragen

„Was genau meinen Sie damit? Wen meinst du mit ‚wir‘ und ‚die‘?“ Nachfragen und Hinterfragen kann uns in Diskussionen helfen, Zeit zu gewinnen, um uns eine mögliche Reaktion zu überlegen. Es kann aber auch substanzlose Äußerungen auf ihren Gehalt hin überprüfen und so das Gegenüber dazu auffordern, seine/ihre Position zu erklären. Achtung: Wer fragt, muss auch damit rechnen, eine Antwort zu bekommen und öffnet unter Umständen Sprechräume für das Gegenüber. „Wovor hast du Angst?“, fragt auf der emotionalen Ebene.

4. Konkrete Beispiele einfordern

„Wo hast du das gelesen? Wann genau ist das wie passiert?“ Das Einfordern überprüfbarer Beispiele kann einem pauschalisierenden Kommentar oft den Wind aus den Segeln nehmen – oder bietet uns die Möglichkeit, ein Problem genauer, nicht-rassistisch zu betrachten. Vorsicht bei persönlichen Erfahrungen – diese sollten ernst genommen, aber ihr rechter/rassistischer Gehalt in Frage gestellt werden.

5. Keine Angst vor Problemthemen

„Was Du ansprichst, Wohnungspolitik, ist ein wichtiges Thema. Wie können wir da gerecht vorgehen, ohne zu diskriminieren?“ Wir müssen keine Angst davor haben, dass soziale Probleme benannt werden. Greife sie auf, suche gemeinsam mit dem Gegenüber nach Lösungen, verweigere aber die rassistische Ableitung.

6. Positive Leitbegriffe und Visionen einbringen

„Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung.“ „Was wäre denn aus deiner Sicht gerecht?“ Gesellschaftliche Diskurse bergen auch die Chance, eigene Visionen stark zu machen. Mit positiven Leitbegriffen wie Solidarität, demokratische Werte oder Freiheit lassen sich Gemeinsamkeiten betonen, ohne Unterschiede zwischen Menschen zu vertiefen.

7. Grenzen ziehen

Wenn Grund- und Menschenrechte abgelehnt werden oder ich das Gefühl habe, dass das Gegenüber kein Interesse an anderen Perspektiven hat, kann auch ein Gesprächsabbruch angemessen sein. Dieser sollte jedoch immer begründet werden.

(Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung)

Rechtsextremismus kann als Oberbegriff für (politische) Einstellungen verstanden werden, die die Gleichwertigkeit aller Menschen und ein demokratisches System ablehnen. Innerhalb einer rechtsextremen Ideologie werden Menschen in Kategorien, wie beispielsweise „Nation“ oder „Rasse“, eingeordnet und auf Grund zugeschriebener und konstruierter Merkmale abgewertet. Die Überlegenheit der eigenen „Gruppe“ wird so hervorgehoben. Menschen werden hierarchisiert. Kernelemente einer rechtsextremen Einstellung sind:

- Antisemitismus (Hass gegen Jüdinnen und Juden)
- Rassismus (die Abwertung und Hierarchisierung von Menschen auf Grund zugeschriebener biologischer oder kultureller Merkmale)
- Chauvinismus (die extreme Form des Patriotismus oder Nationalismus geht einher mit der Abwertung und Ablehnung anderer Nationen oder „Völker“)
- Sozialdarwinismus (beispielsweise die Ablehnung von Menschen mit Behinderung, Menschen in Armut oder Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen aufgrund ihrer „Nützlichkeit“ für die Gesellschaft)
- Sexismus/Homo- und Transfeindlichkeit (Glaube an eine „natürliche“ Geschlechterordnung von Mann und Frau sowie Heterosexualität. Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt werden abgelehnt).
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Quelle: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)



Katholikenrat im Bistum Dresden-Meißen
Karl-Heine-Str. 110
04229 Leipzig
E-Mail: katholikenrat@bistum-dresden-meissen.de

Und viel mehr Lesenswertes auf:

www.katholikenrat-dresden-meissen.de/argumente

Weiterführendes auf: **www.fuer-alle.info**

